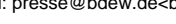




BDEW zum Entwurf der Ladesäulenverordnung: Politik verursacht neue Hürden für den Aufbau der Ladeinfrastruktur

BDEW zum Entwurf der Ladesäulenverordnung: Politik verursacht neue Hürden für den Aufbau der Ladeinfrastruktur
Branche vermisst klares Signal für Investitionen in öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur / Verordnungsentwurf muss überarbeitet werden
Die Energiewirtschaft hat in einer Stellungnahme den Verordnungsentwurf zum Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektroautos scharf kritisiert. "Der vorliegende Entwurf für die Ladesäulenverordnung weist zahlreiche Mängel und Versäumnisse auf. Nicht nachvollziehbare Grundannahmen, fehlende Berücksichtigung von branchenübergreifenden Empfehlungen sowie die Einführung neuer bürokratischer Auflagen prägen diesen Entwurf. Er muss aus Sicht der Energiewirtschaft dringend überarbeitet werden", sagte Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).
Für viele Unternehmen der Energiebranche stelle sich momentan die Frage, ob weitere Investitionen in die defizitäre öffentliche Ladeinfrastruktur überhaupt wirtschaftlich vertretbar sind. Die Branche habe sich deshalb ein klares Signal von der Bundesregierung erhofft, ob und wie neue Finanzierungsmodelle für den Aufbau eines öffentlichen Ladenetzes gestaltet werden könnten. Die Nationale Plattform Elektromobilität (NPE) hatte hierzu eine Finanzierung durch ein partnerschaftliches Programm von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand vorgeschlagen. "Leider hat die Bundesregierung diesen Vorschlag des eigenen Beratergremiums in keiner Art und Weise aufgegriffen", sagte Müller. Zudem fehlten in der Verordnung jegliche Hinweise darauf, wie untereinander vernetzte Bezahl- und Zugangssysteme aufgebaut werden könnten. Für die Akzeptanz der Autofahrer sei vor allem wichtig, dass sie auch spontan ohne Probleme an allen öffentlich zugänglichen Säulen laden können. Entsprechende Vorschläge des BDEW hierzu liegen auf dem Tisch.
Schließlich bringt die in dem Entwurf geplante Registrierungspflicht für Ladesäulen eine neue bürokratische Hürde für Betreiber von Ladeinfrastruktur. "Obwohl es sich bei der öffentlichen Ladeinfrastruktur um einen nicht regulierten Bereich handelt, möchte die Bundesregierung eine neue Registrierungsstelle bei der Bundesnetzagentur ansiedeln. Das ist aus Sicht der Energiewirtschaft der falsche Weg", so Müller. Die Registrierung neuer Ladesäulen sollte kosteneffizient und bürokratiearm organisiert werden - beispielsweise durch eine von der Wirtschaft organisierte Lösung. So dokumentiert der BDEW mit seiner halbjährlichen Erhebung zur öffentlichen Ladeinfrastruktur den kontinuierlichen Aufbau von Lademöglichkeiten für Elektromobile in Deutschland. Diese Daten werden auch zunehmend von anderen Akteuren genutzt. Ferner ist der BDEW auf Wunsch des Bundeswirtschaftsministeriums die zentrale Codevergabestelle von Identifikatoren für Elektromobilität. Dies belege, dass derartige Aufgaben durchaus von der Wirtschaft selbst übernommen werden können.
Ansprechpartner
Henning Jeß
Pressereferent / Press Officer
Telefon: 030 300 199-1161
E-Mail: presse@bdew.de


Pressekontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

presse@bdew.de

Firmenkontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

presse@bdew.de

Die Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Dabei sind die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen nur dann politisch wirksam, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden. Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, um eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Der BDEW vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit und orientiert sich dabei an einer nachhaltigen Energieversorgung sowie an einer Wasser- und Abwasserwirtschaft, die den Aspekten Umwelt- und Klimaschutz, Qualität und Sicherheit sowie Wirtschaftlichkeit gleiches Gewicht beimisst. Der BDEW mit seinen Landesorganisationen berät und unterstützt seine Mitgliedsunternehmen - die rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung sowie rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland repräsentieren - in allen branchenrelevanten politischen, rechtlichen, wirtschaftlich-technischen und kommunikativen Fragen. Die sachliche Arbeit, getragen vom fachlichen Know-how sowohl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder als auch der Mitarbeiter des BDEW, ist dabei die eigentliche Stärke des Verbandes. Der BDEW wurde im Herbst 2007 gegründet. Der BDEW ist zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Erdgas, Strom und Fernwärme sowie Wasser und Abwasser. Die Energiewirtschaft hat damit ihre Kräfte gebündelt und entwickelt energieträgerübergreifende Konzepte. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt die erheblichen Synergien, die ein großer Verband bietet. Das Leitmotiv des BDEW "Energie. Wasser. Leben." zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes, dessen Mitgliedsunternehmen mit ihrer Leistung die Lebensqualität der Menschen sichern - heute und in Zukunft.